

14/SN-7/ME



REPUBLIK ÖSTERREICH
STAATSANWALTSCHAFT WELS

JV 182-2/07

An die
Oberstaatsanwaltschaft

4020 Linz

Maria-Theresia-Straße 12
A-4600 Wels

Telefon:
05/760124 DW 41210
Telefax:
05/760124 DW 41288

Referent:
StA Dr. Oshidari

Wels, am 23.03.2007

Betrifft: Entwurf des BMF zu einem Bundesgesetz, mit dem das
Finanzstrafgesetz geändert wird; Anpassung an das
Strafprozessreformgesetz (BGBl. I. Nr. 19/2004).

Bezug: Erlass der Oberstaatsanwaltschaft Linz vom 13.03.2007,
JV 774-2/07


Zu dem im Betreff angeführten Entwurf wird folgende
Stellungnahme abgegeben:

Der Entwurf des BMF begegnet grundsätzlich keinen
Bedenken, weil die vorgeschlagenen Bestimmungen im Wesentlichen
unumgängliche Anpassungen an das am 01.01.2008 in Kraft tretende
StrafprozessreformG betreffen. Es wird jedoch angeregt, die
Kompatibilität des § 108 StPO neu mit den Erfordernissen eines
finanzstrafgerichtlichen Verfahrens noch einer näheren Überprüfung
zu unterziehen. Nach § 108 Abs. 2 StPO neu kann der Beschuldigte
bereits nach 3 Monaten ab Beginn des Strafverfahrens bei der
Staatsanwaltschaft einen Antrag auf Einstellung des Verfahrens
einbringen. Die Staatsanwaltschaft hat aufgrund eines derartigen
Antrags das Strafverfahren einzustellen oder diesen dem Gericht
weiterzuleiten. In Verfahren nach dem FinStrG wird vor einer solchen


Weiterleitung an das Gericht eine Stellungnahme der ermittelnden Finanzbehörde unumgänglich sein.

Im Hinblick darauf, dass innerhalb einer solch kurzen Zeit finanzstrafbehördliche Ermittlungen in keiner Weise abgeschlossen werden können, der Beschuldigte jedoch nach Ablauf von drei Monaten jederzeit (und wiederholt) derartige Einstellungsanträge einbringen kann, ist eine mehrfache und überflüssige Befassung der Staatsanwaltschaften, der Finanzstrafbehörden und der Gerichte mit derartigen Anträgen zu befürchten. Es ist daher zu überlegen, die Anwendbarkeit des § 108 StPO neu entweder aus dem Einzugsbereich des finanzstrafgerichtlichen Verfahrens überhaupt auszuschließen oder zumindest die „Sperrfrist“ des § 108 StPO neu erheblich auszuweiten.

Der Leiter der Staatsanwaltschaft


Dr. Franz Haas

Der Referent:


(StA Dr. Oshidari)